

Verwaltungshandeln und Rechtsschutz

Ergänzen Sie im folgenden Text die fehlenden Präpositionen:

Die Rechtsanwendung _____ (1) den Staat begegnet dem Bürger zunächst _____ (2) der Alltäglichkeit des Verwaltungshandelns. _____ (3) Rechtsstaat sind alle Beziehungen _____ (4) Staat und Bürger rechtlich geordnet; der Einzelne hat einen Rechtsanspruch darauf, dass sich die staatlichen Organe rechtmäßig verhalten. Das Grundgesetz schreibt vor, dass die vollziehende Gewalt (die Verwaltung) _____ (5) „Gesetz und Recht“ gebunden ist (Art. 20 GG).

Diese Bindung _____ (6) „Gesetz und Recht“ ist die Grundlage rechtsstaatlicher Verwaltung. Sie bedeutet zweierlei: Es gilt der „Vorrang des Gesetzes“. Dieser Grundsatz besagt, dass die Verwaltung keine Maßnahmen treffen darf, die _____ (7) bestehende Rechtsvorschriften (Verfassung, Gesetze, Rechtsverordnungen der Regierung) verstoßen würden.

Es gilt der „Vorbehalt des Gesetzes“. Dieser Grundsatz besagt, dass die Verwaltung nur dann tätig werden darf, wenn sie dazu _____ (8) ein Gesetz ermächtigt worden ist. Sie benötigt _____ (9) alle Maßnahmen, die in den Freiheitsraum des Bürgers eingreifen, eine gesetzliche Grundlage. Diese muss die Befugnisse der Verwaltung genau bestimmen und begrenzen, weil _____ (10) freiheitsbeschränkende Maßnahmen verfassungsmäßig garantierte Grundrechte des Bürgers betroffen sind. Der Vorbehalt des Gesetzes gilt aber nicht nur _____ (11) die Ordnungsverwaltung, sondern weitgehend auch _____ (12) Verwaltungshandeln, _____ (13) welches dem einzelnen Bürger staatliche Leistungen gewährt werden.

Die Organe der öffentlichen Verwaltung machen _____ (14) ihren Kompetenzen _____ (15) dem Bürger _____ (16) so genannte „Verwaltungsakte“ Gebrauch. Dieser Begriff umschließt alle Entscheidungen, die eine Behörde _____ (17) Regelung eines Einzelfalles _____ (18) dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die _____ (19) dem Bürger rechtswirksam sind. Dazu gehören so unterschiedliche Maßnahmen wie die Einberufung zum Wehrdienst, die Verkehrsregelung _____ (20) die Polizei, die Erteilung eines Steuerbescheides _____ (21) das Finanzamt oder die Gewährung _____ (22) Sozialhilfe. Allen diesen Maßnahmen ist gemeinsam, dass sie rechtliche Vorschriften (zum Beispiel das Wehrpflichtgesetz, die Straßenverkehrsordnung, die Steuergesetze oder das Sozialhilfegesetz) _____ (23) den jeweiligen Einzelfall anwenden.

Rechtliche Vorschriften treffen ihre Regelungen nicht _____ (24) einen konkret vorliegenden Einzelfall, sondern _____ (25) eine unbestimmte Anzahl möglicher Fälle _____ (26) der Zukunft. Gesetzliche Regeln sind allgemein und abstrakt. Sie sind allgemein, weil sie sich nicht _____ (27) einen im Voraus bestimmten, sondern _____ (28) einen ungewissen Kreis von Adressaten wenden; und sie sind abstrakt, weil sie nicht _____ (29) einzelne konkrete Vorkommnisse zielen, sondern _____ (30) jeweils typische Merkmale denkbarer Einzelfälle anknüpfen.

Das Ausmaß, _____ (31) dem rechtliche Regeln abstrakt sind (ihr Abstraktionsgrad), kann allerdings unterschiedlich sein. Nehmen wir als einfache Beispiele zunächst zwei Vorschriften der Straßenverkehrsordnung. Sie bestimmt über das Abschleppen von Fahrzeugen: „_____ (32) Abschleppen eines _____ (33) der Autobahn liegen gebliebenen Fahrzeugs ist die Autobahn _____ (34) der nächsten Ausfahrt zu verlassen.“ Der Abstraktionsgrad dieser Verkehrsregel ist sehr gering. Die Polizei, die ihre Einhaltung zu überwachen hat, kann _____ (35) konkreten Fall zweifelsfrei feststellen, ob sie befolgt wird. Schon ein wenig anders sieht es allerdings aus, wenn es um die folgende Beleuchtungsvorschrift geht: „Behindert Nebel, Schneefall oder Regen die Sicht erheblich, dann ist auch _____ (36) Tage _____ (37) Abblendlicht zu fahren.“ Diese Regel ist abstrakter, weil sie nicht zweifelsfrei festlegt, was _____ (38) einer erheblichen Sichtbehinderung zu verstehen ist.

Als ein Beispiel _____ (39) eine hochgradig unbestimmte Rechtsnorm kann eine Vorschrift _____ (40) dem Gaststättengesetz angeführt werden. Dieses Gesetz bestimmt, dass die für die Betreibung eines Gaststättengewerbes erforderliche Erlaubnis _____ (41) der zuständigen Behörde versagt werden kann, „wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die (42) _____ den Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt“. Das Gesetz sagt nicht, welche Tatsachen _____ (43) einen Mangel _____ (44) Zuverlässigkeit schließen lassen. Es verwendet hier einen „unbestimmten Rechtsbegriff“.